

EIL-A6NEU4 We want you(r): Wohnraum! (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 03.06.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1581 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf
1582 einen angemessenen Lebensstandard“ für jeden Menschen das Recht auf eine Wohnung
1583 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jeder Mensch
1584 lebenswerten Wohnraum zur Verfügung hat. In den meisten Städten in Deutschland
1585 ist das Thema Wohnen jedoch zu einer existentiellen Frage geworden. Personen mit
1586 niedrigen und mittleren Einkommen leiden darunter, dazu gehören meistens auch
1587 Studierende. Neben finanziellen Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale
1588 eine Rolle, aufgrund dessen bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche
1589 benachteiligt werden. Im studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische
1590 Studierende, die während der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer
1591 Erhöhung, Ausweitung und Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten
1592 fordert Campusgrün weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um
1593 die Verteuerung von Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum
1594 wieder mehr an die Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten (2). Zusätzlich zu
1595 dem Beschluss „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem
1596 Jahr 2013 sieht Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

1597 1. Verschärfung der Mietpreisbremse

1598 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und
1599 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten
1600 Regionen, Wiedervermietungsrenten liegen oftmals weiterhin über der
1601 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und
1602 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der
1603 Mietpreisbremse:

- 1604 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre
1605 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln
1606 ausschlaggebend sind
- 1607 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und
1608 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 1609 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende
1610 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 1611 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen
1612 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 1613 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter*innen gegenüber
1614 Mieter*innen einführen

1615 2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial-
1616 verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!

1617 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das
1618 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende
1619 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,
1620 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.
1621 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen
1622 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als
1623 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise
1624 Wohnraumangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,
1625 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass
1626 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und
1627 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von
1628 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 1629 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich
1630 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 1631 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 1632 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 1633 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten
1634 steuerlich begünstigen
- 1635 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur
1636 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 1637 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle
1638 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

1639 3. Förderung bezahlbaren Wohnens

1640 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von
1641 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und
1642 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, um den Bedarf an bezahlbarem
1643 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf
1644 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf
1645 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene
1646 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher
1647 fordert Campusgrün:

- 1648 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende
1649 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 1650 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den
1651 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- 1652 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen
1653 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 1654 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von
1655 Wohnheimplätzen über den Bund
- 1656 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

1657 Deshalb unterstützen wir die Aktionen des Protestbündnis Lernfarbiken... meutern!
1658 und anderen potenziellen Mitstreiter*innen zu Beginn des neuen Semesters, die
1659 sich neben der bedarfsgerechten Finanzierung der Hochschulen, unsere Forderungen
1660 für eine funktionierende Mietpreibremse und ein eltern-, alters- und
1661 semesterunabhängiges bedarfsdeckendes BAföG stark machen.

1662

1663 4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen

1664 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die
1665 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.
1666 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreibremse immer weiter an.
1667 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:
1668 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter
1669 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

1670 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-
1671 gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)

1672 (2)<http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/10511312.html>